

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auf Annahme einer EntschlieÙung

Schnelle Einigung verhandeln!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin unterstützt die Forderungen der Beschäftigten der Tochterunternehmen von Vivantes und Charité, ihre Unternehmen schrittweise in die gleichen tariflichen Regelungen zu führen, die bei den Mutterunternehmen Anwendung finden. Der Grundsatz gleiches Entgelt für gleiche Arbeit ist unser Selbstverständnis. Den Wunsch der Pflegekräfte von Charité und Vivantes nach einer Aufwertung ihres Berufes und Entlastung in Form der Durchsetzung verbesserter Mindestbesetzungen hält das Abgeordnetenhaus von Berlin für nachvollziehbar. Ziel des Abgeordnetenhauses ist die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen.

Die Auseinandersetzung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern lässt erkennen, dass die Finanzierung des Gesundheitswesens - insbesondere der Krankenhäuser - einer grundsätzlichen Neuausrichtung auf Bundesebene unterzogen werden muss. Die generelle Finanzierung der Personalkosten ist Bundesaufgabe und kann in den Grundsätzen nicht vom Land Berlin verändert werden. Deshalb fordert das Abgeordnetenhaus den Senat auf, sich im Bund für eine Reform der Finanzierung und Ausgestaltung der stationären Versorgung einzusetzen. 50 Prozent der Investitionskosten sollen künftig vom Bund übernommen werden. Krankenhäuser müssen entsprechend ihres gesellschaftlichen Auftrags bezahlt werden. Dazu gehören auch Vorsorge-Kapazitäten und ausreichend gut bezahlte Mitarbeiter*innen. Das System der Fallpauschalen (DRGs) kann das nicht leisten und muss dringend weiterentwickelt werden.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin steht seinerseits zur Verpflichtung, die Investitionen auskömmlich zu finanzieren und insbesondere die im Landeseigentum befindlichen Krankenhäuser wirtschaftlich abzusichern.

Wir begrüßen, dass beide Unternehmen Verhandlungsangebote vorgelegt haben und sich einer Lösung des Konflikts nicht verschließen. Das Abgeordnetenhaus von Berlin erwartet zügige Verhandlungen und fordert die Tarifparteien auf, konstruktiv an schnellen Lösungen zu arbeiten. Dabei kommt dem Grundsatz der Tarifautonomie und dem Recht auf Streik hohe Bedeutung zu, insbesondere bei der Wahl der Mittel im Rahmen des kollektiven Arbeitsrechts. Das Abgeordnetenhaus von Berlin erwartet jederzeit sicherzustellen, dass eine Patientenwohlgefährdung ausgeschlossen ist. Entsprechende Notdienstvereinbarungen schaffen hierfür einen verlässlichen Rahmen.

Berlin, 15. September 2021

Saleh
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Helm Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen